





Während Vollstern in Karlsruhe werden zeigen, ob diese deutsch-schweizerische Koalition auch weiterhin Bestand haben wird.

Die Politik der deutschen aktivistischen Parteien hat den ersten merkwürdigen Erfolg zu verzeichnen. Wie das sozialdemokratische „Bravo“ über ein verlässlicher Quelle erzählt, haben sich die schweizerischen Parteien mit den besessenen aktivistischen Parteien über Wienabend bereits geeinigt. Den Wünschen des letzteren hat man sich bereit erklärt. Das sozialdemokratische Blatt führt daran die folgende Bedingung, das bei der Veränderung der politischen Lage auch das Recht ein anderes Gesicht bekomme. Die Tischen hätten vor aller Welt beteuert, daß es sich im Falle Wienabend um die Ostend-Mappe der gerechten Sache des schweizerischen Volkes handle. Man sehe die ganze Welt, daß diese Betreibungen unaufrichtig waren.

## Einkenten der Bergarbeiter

Funkenblitz der „Börslichen Zeitung“

London, 18. August

Nachdem der Vollzugsausführer der Bergarbeiter durch die gestrige Delegiertenkonferenz zu neuen Verhandlungen ermächtigt worden ist, richtete heute der Bergarbeitersekretär Coe eine Einladung an die Gewerkschaften, Donnerstag nachmittags in einer gemeinsamen Sitzung über den Friedensschluß im Bergbau zu beraten. In der Rede des Sekretärs wurde man angenommen, daß die Bergarbeiter auf dem Umwege über die Regierung eine Vereinbarung anstreben würden und erklärt, daß er in dieser Aufforderung an die Gewerkschaften eine unerwartete Wendung. Sie wird als Zeichen des festen Friedenswillens der Bergarbeiter angesehen und man hofft auf eine baldige Beilegung des Bergarbeiterstreiks.

Die Regierung beabsichtigt, sich im Hintergrunde zu halten, bis das Ergebnis der morgen beginnenden Verhandlungen zwischen beiden Parteien sichtbar wird.

Der Vollzugsausführer der Bergarbeiter wird morgen früh mit dem Ausschuss des Gewerkschaftsverbandes beraten, wie den Bergarbeitern weitere finanzielle Hilfe durch die Gewerkschaften verschafft werden könne.

## Kriegsbrot in Frankreich

Nachrichtenblatt der „Börslichen Zeitung“

Paris, 18. August

Seitdem vorläufig hat der erste der drei angelegten Rohstoffwerke, die sich mit der Feuerenergie beschäftigen sollen, Aufgehört. Die heute in der Zeitung über die Feuerenergie-Gesellschaft ausgegeben worden ist, scheint sich ausschließlich mit der Frage zu beschäftigen. Der Ausschuss hat dem Rohstoffwerk eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, die die Einfuhr ausländischer Getreides ausserhalb und damit eine Verletzung des Vertrags herbeiführen sollen. Außerdem beabsichtigt der Minister, für die Jahre 1920/21 eine Erzeugung der Getreidemengen durch höhere Anbauflächen vorzunehmen. Er hofft, die Einfuhr ausländischer Getreides um mehrere Millionen Centner herabdrücken zu können.

# Kelllogg über die Abrüstung

## Amerikas Kritik

Rabeldiener der „Börslichen Zeitung“

New York, 18. August

In dem Tageblatt, im nördlichen Teile des Staates New York, umweit der kanadischen Grenze gelegen, wurde heute ein Denkmahl für den Commodore Woodcock u. s. w., der im Jahre 1814 auf dem nachfolgenden Genuin-See mit seinen kleinen amerikanischen Schiffen eine überlegene englische Flotte verlor. Woodcock ist im Weltkrieg als Offiziersausbildungsleiter für das amerikanische Meer bekannt geworden. Dessen Ort und die Gelegenheit hat sich der amerikanische Staatssekretär Kelllogg ausgelaut, um in einer sorgfältig ausgearbeiteten und groß angelegten Rede die Stellung der Washingtoner Regierung, deren erster Minister er ist, zur Frage der Abrüstung darzustellen.

Nachdem Kelllogg einleitend der über hundertjährigen Kriegsgeschichte zwischen den beiden anglosächsischen Weltmächten gedachte, griff er sofort das Hauptproblem auf. Er erinnerte an die Konvention von Washington, deren Zweck die Abrüstung zur See gewesen sei. Er nannte sie: „den ersten erfolgreichen Versuch in der Geschichte, die Rüstungen der Staaten durch freiwillige gegenseitige Abwägungen zu beschränken“. Die Konferenz habe nicht erreicht, es bliebe aber noch die Aufgabe, außer der Vereinbarung der Zahl großer Seefahrtschiffe auch die Verminderung der Zahl der Kreuzer, Zerstörer und U-Boote durchzuführen. Der Staatssekretär fuhr fort:

„Im gegenwärtigen Augenblick sind wir dabei, mit vielen anderen Mächten in vorbereiteten Verhandlungen darüber klar zu werden, welche Fragen zur Beschränkung aller Rüstungsklassen sich zur Behandlung vor einer Weltkonferenz eignen. Diese Vorbereitungen finden in Genf statt, und ich bin der Ansicht, daß der letzte Zeitpunkt gekommen ist, ihnen beizutreten, was wir während dieser Verhandlungen zu erreichen versucht haben. Lassen Sie mich voraussetzen, daß die Vereinigten Staaten auf dieser Konferenz keine eigennützigen Interessen verfolgen, und daß wir ihr Bestreben sind mit der Absicht, soweit es in unserer Macht liegt, jede Bewegung zu unterstützen, die eine Verwirklichung der erwiderten Rüstungsabreden herbeiführen könnte.“

„Unsere Vertreter haben vorgeschlagen, dem Hauptziel, nämlich dem Verzicht, dadurch beizutreten, daß man sich einmal regionale Abkommen teilt. Außerdem sind wir zu dem Zweck gekommen, daß man sich ein Ziel seines unmittelbaren Nachbarlandes genommen. Zudem man auf diese Weise befehle im Kleinen anfangen, hat man mehr Aussicht, größere Befehle zu erlangen, als alle Staaten darauf warten, bis ein Plan allgemein, der sein ganzes anwendbar ist, wenn das überhaupt möglich sein sollte.“

„Es ist nicht einsehlich, in welchem Zusammenhang die Beschränkungen im festen Ozean zu denen in Europa oder die in Europa zu denen in Arab- und Südamerika haben, so leicht es denn eine einfache Arbeit zu sein, eine Formel vorzuschlagen, die eine Herabminderung der Flotte der ganzen Welt beherzigen

läßt. Und diese Arbeit wird noch dadurch erschwert, daß die Art der Abrüstung, die militärische Dienstzeit und die Art der Regierungskontrolle sich in jedem Lande weitgehend unterscheiden. Wo wir aber eine Gruppe von Nationen haben, die gemeinsame Interessen haben und vielleicht auch gemeinsamen Gefahren ausgesetzt sind, dann beruht es meistens auf dem Willen beider gemeinsamen Nationen, die Größe der Armeen, die diese Länder im Frieden unterhalten, und eine gemeinsame Übereinstimmung über die Beschränkungen der Rüstungen fast ein praktisches Wert sein. Wenn wir aber jede Zeit in dieser Richtung so lange hinausziehen, wie die Bedingungen überall in der Welt hierfür günstig geworden sind (Kelllogg sagte sogar: „ideal“ geworden sind), dann können wir jede Hoffnung auf eine Beschränkung der Rüstungen für lange Zeit aufgeben.“

Der Redner betonte dann, daß die Beschränkungen die Vereinigten Staaten liefern weniger interessiere als die Abrüstung zur See, da die geographische Lage der Union dem Lande ermöglicht, eine verhältnismäßig kleine Flotte zu haben (118 000 Mann) auszukommen. Trotzdem sei Amerika bereit, auch fernhin diesem Problem seine Unterstützung zu leisten. Aber was bisher in Genf über die Geebrüstung gesprochen und verhandelt worden ist, scheint Kelllogg wenig zu befriedigen. Was hier kritisiert er die Methode gewisser Vorkämpfer die Welt in zwei Kategorien zu teilen, nämlich in eine ununterbrochenen Staaten befaßt wissen wollen. Kelllogg nennt dies eine unnötige Komplizierung der einschlägigen Fragen und verweist demgegenüber auf die Verhandlungsmethoden der Washingtoner Geebrüstungskonferenz, wo ganz bestimmte Einzelgebiete geregelt wurden. Und dann geht er daran, die zum Teil tendenziösen und suggestiven Worte zu widerlegen, „man kann in den Verhandlungen der Vereinigten Länder die Stellung der amerikanischen Delegation in Genf in Verbindung gebracht hat. Die amerikanische Regierung habe nicht die Absicht, den Washingtoner Abrüstungsvertrag beiseite zu schieben, im Gegenteil, sie wolle seine Bestimmungen auch auf die übrigen Schiffsklassen anwenden sehen. Ebenfalls beabsichtigt die amerikanische Delegation, die Genf-Konferenz zu verlassen. Es werde aber so lange warten, bis eine Absicht besteht, daß auf dieser Konferenz irgend etwas erreicht werden würde, das dem großen Ziele der Rüstungsbeschränkungen und Rüstungsabwägungen dienen könne.“

Schon die Stelle in Kelllogg Rede über die Notwendigkeit regionaler Abmachungen deutet sich mit dem, was die deutschen Delegierten, vor allem Graf Bernstorff, in Genf vorgetragen hatten, um militärisch praktisch vorwärts zu kommen. Die nun folgenden Ausführungen, die sich gegen die Einrede u. s. w. der „nationalen Vorkämpfer“ in den Rüstungsabreden eines Staates wenden, entsprechen gleichfalls den deutschen Einwendungen in dieser Frage. Kelllogg führte aus:

„Gewisse Mächte scheinen den Grad der Rüstung nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten jedes Landes berechnen zu wollen und geben an, dass dies ein Zweck ist, den wir nicht verfolgen. Die Beschränkung der Friedensrüstungen eines Landes zu beschränken würde, da die Vereinigten Staaten große nützliche Schiffsklassen besitzen, könnte man ihnen, falls diese Theorie zur Geltung kommen sollte, Meer und Marine überhaupt wegnehmen. Solche Verhandlungen führen, nach unserer Meinung, nicht zu dem Ziel, das wir uns stellen, und können möglicherweise dazu führen, Dinge in Richtung zu stellen, die auch offensichtlich unheimlich und gefährlich sind. Meiner Überzeugung nach ist die einzige praktische Grundlage für die Beschränkung oder Einschränkung der Rüstungen die Anrechnungstellung der Heresitäten und des sichtbarsten und greifbarsten militärischen Rüstunges. Industrie und wirtschaftliche Entwicklung sind nicht unveränderlich, bleiben nicht auf einem Punkte stehen, und seine Nation der Welt würde sich darauf einstellen, sich selbst eine Beschränkung wirtschaftlicher oder industrieller Rüstungen im Frieden anzusehen oder die Beschränkung ihrer militärischen Rüstunges von der Lage ihrer Industrie oder der Ausbeutung ihrer Rissequellen abhängig zu machen.“

Gegenüber dem Vorstoß gewisser Staaten, eine internationale Kontrolle für die Durchführung der Abrüstungsbestimmungen einzuführen, erklärte Kelllogg sehr deutlich, daß die Vereinigten Staaten eine solche Kontrolle nie dulden würden. „Was die Vereinigten Staaten betrifft, muß sich die Ausführung irgendwelcher internationaler Abrüstungsverträge auf guten Glauben und Achtung vor den Verträgen gründen.“ In seinen Schlussworten kommt er auf eine Behauptung gegenüber einem allgemeinen Abrüstungsplan zu sprechen:

„So sehr auch ein allgemeiner und allumfassender Abrüstungsplan die Einbindung der Weltbevölkerung zu fördern mag, so fürchten wir doch, daß ein Plan, der allen Völkern annehmbar sein würde, nicht erreicht werden kann, und daß, wenn wir auf seine Ausarbeitung und seine Annahme warten, wir ebensowenig jede Hoffnung auf Abrüstung auf unabbrückbare Zeit aufgeben können. Die Fortschritte, die von unseren Delegierten gemacht worden sind, bieten die Möglichkeit, die Welt in zwei Kategorien zu teilen, nämlich in eine ununterbrochenen Staaten befaßt wissen wollen. Kelllogg nennt dies eine unnötige Komplizierung der einschlägigen Fragen und verweist demgegenüber auf die Verhandlungsmethoden der Washingtoner Geebrüstungskonferenz, wo ganz bestimmte Einzelgebiete geregelt wurden. Und dann geht er daran, die zum Teil tendenziösen und suggestiven Worte zu widerlegen, „man kann in den Verhandlungen der Vereinigten Länder die Stellung der amerikanischen Delegation in Genf in Verbindung gebracht hat. Die amerikanische Regierung habe nicht die Absicht, den Washingtoner Abrüstungsvertrag beiseite zu schieben, im Gegenteil, sie wolle seine Bestimmungen auch auf die übrigen Schiffsklassen anwenden sehen. Ebenfalls beabsichtigt die amerikanische Delegation, die Genf-Konferenz zu verlassen. Es werde aber so lange warten, bis eine Absicht besteht, daß auf dieser Konferenz irgend etwas erreicht werden würde, das dem großen Ziele der Rüstungsbeschränkungen und Rüstungsabwägungen dienen könne.“

## Polens Vertreterdelegation

Wie aus Warschau gemeldet wird, gehen der polnischen Delegation zur Vorbereitung des Völkerbundes an: Außenminister August Szelewski, der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Minister für auswärtige Angelegenheiten, Minister für öffentliche Werke der Reichsregierung, Delegierter in Genf, General Komar, der Direktor des polnischen Departements im Außenministerium und der Rektor der Krakauer Universität Nowakowski.

# Wird Wundifshgræk sich weigen?

## Die Hintermänner der Frankenfällcher

Nachrichtenblatt der „Börslichen Zeitung“

ih Budapest, 18. August

Im Verhandlungslokal der königlichen Tafel, wo die Berufungsverhandlung im Frankenfällcherprozess durchgeführt wird, lies ich merkwürdige Dinge ab, deren Mittelpunkt die Behauptung des Generals des Prinzen Ludwig Wundifshgræk ist. Wundifshgræk hat als einziger von den Angeklagten gegen die Regierung, namentlich gegen den Grafen Stephan Bethlen, Janz gegen den Grafen Paul Zeleny ausgesagt, indem er behauptete, Wundifshgræk selbst habe ihm mitgeteilt, Zeleny sei der eigentliche Leiter der Frankenfällcher Affäre. Jetzt ihm aber habe eine noch mächtigere Persönlichkeit, nämlich Bethlen, im Auftrag der Regierung gehandelt.

In der Hauptverhandlung vor der ersten Instanz, dem königlichen Einzelgericht, hatten die übrigen Angeklagten demgegenüber nur erklärt, sie hätten wohl auch an eine noch höherer Stelle eingeleitete Aktion geglaubt, diesen Glauben hätten sie aber nur aus der Teilnahme des Landespolizeichefs Radochy an der Mordanschlagung hergeleitet.

Dagegen wurden Bethlen und die Regierung von mehreren Generälen, in dem dem Margrafen Palatinen, dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten, dem Grafen Stephan Bethlen und dem schlesischen Abgeordneten Georg Bihaczky bezeugt. Es gelang aber keinem von ihnen, seine Anschuldigungen in greifbarer Form nachzuweisen, weshalb auch das Urteil der ersten Instanz die Frage der Teilnahme der Regierung an den Frankenfällcher Affäre nicht verneinte. Bethlen behauptungen haben aber eine negative Behauptung in dem Verhalten seines Diensthabers, des Prinzen Ludwig Wundifshgræk, auf der ich mich bereits in der Zeitung äußerte. Die Regierung handelte sich durch diese Behauptungen. Schon vor einigen Wochen veröffentlichte sich gewisse Wundifshgræk wurde vor der königlichen Tafel persönlich erscheinen und wichtige Erklärungen abgeben. Ein Gericht wolle wissen, er werde sich die früher schriftlich abgegebenen Antworten geben. Zugleich wurde bekannt, daß Radochy seinerzeit seine Anschuldigungen zurückziehen und die Regierung rehabilitieren wolle. Dafür, so hielt es genügt, wurde die Berufungsverhandlung für die Angeklagten eröffnet.

Man will nämlich nicht recht glauben, daß die Fällcher, die ja vom Staatsgericht in Form der Zubilligung patriotischer Bewegungen moralisch genügend qualifiziert und auch vom Ministerpräsidenten Bethlen als hoch verdient, als Vorkämpfer bezeichnet wurden, wie „unwählbar“ Bethlenverpflichtung wirklich ins Licht setzen oder ins Bewusstsein kommen läßt. Man kann aber begrifflich verstehen, die Fällcher nicht rehabilitieren, solange auch nur der Schein einer Schuld auf der Regierung lastet.

Zur Berufungsverhandlung ist Prinz Ludwig Wundifshgræk bisher nicht erschienen. Dagegen hat Radochy die ihm gestellten Forderungen gerechtigt. Er zog gefahren, wie gemeldet, feierlich seine gegen die Regierung erhobenen Beschuldigungen zurück. Es ist also so, wie es die übrigen Angeklagten dargelegt hätten. Der Wundifshgræk gab sich aber auf dieser Erklärung nicht zufrieden. Er nahm Radochy in ein peinliches Kreuzgerüst, und Radochy wurde ebenfalls gänzlich ihre Forderung. In seiner Verwirrung verfiel er sich auf der Behauptung, sein Vertreter in der ersten Verhandlung, Dr. Zeleny, habe ihm seine Angaben gegen die Regierung „lügenhaft“ gemacht.

Gleich nach der gestrigen Verhandlung ludte Radochy seinen früheren Vertreter, Zeleny, auf, und entzündete sich gegen den gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen. Gleichzeitig griff er die Presse eine Erklärung ab, worin es hieß, nicht Dr. Zeleny habe ihm seine Aussage lügenhaft, sondern die Ereignisse und Verhältnisse in seiner Anwesenheit in der Wohnung des Prinzen Wundifshgræk geführten Gespräche hätten in ihm Zwangsvorstellungen erregt, unter deren Einfluß er dann seine Aussage machte. Das wiederholte er heute auch in offener Gerichtsverhandlung. Wieder rüde ihm der Fortschritte hört auf den Zeit, der an den vorliegenden Verhandlungen, da eine suggestiven Einflüsse Radochy auf Radochy fehlten wollte. Das Ganze war wieder ein vollkommenes Zusammenbrechen Radochy, aus dessen Worten man überhaupt nicht mehr klar werden konnte. Der Fortschritte wurde aber immer energischer, bis schließlich Radochy außerhande war, nach ein Wort herabzurufen und erschoß auf die Antifageant zurück.

Im übrigen wurde heute auch die Beziehung der Älten beendet, und die Verteidiger stellen ihre neuen Besondere, die Beziehung die „patriotische Begeisterung“ der Angeklagten zum Gegenstand der Verhandlung. Die Angeklagten sind die Angeklagten der Angeklagten Stellung nehmen und sie nachschicklich abgeben, so daß die Wundifshgræk jetzt beginnen können. Das Urteil wird noch diese Woche gefällt werden.



### Um das Installationsmonopol

Dürfen die Werte Apparate verkaufen?

Die Erzeugung von Handel und Kleingewerbe über Eingriffe anderer Berufsstände in ihren Erwerbszweig ist auf der Dillendorfer Tagung des Einzelhandels wiederholt zum Ausdruck gekommen. Besonders lebhaft ist der Kampf gegenwärtig zwischen der Elektro-Industrie und den Installateuren auf der einen und mehreren Elektrowerkzeugen auf der anderen Seite im Gange. Den Elektricitätswerken, die vom Reichlichen Elektricitätswerk in Berlin, den Vereinigten Elektricitätswerken in Weidenau und anderen, wird von den Händler- und Installateuren zum Verwehrt gemacht, daß sie elektrische Apparate, die Strom-führung leiten. Auch gegen Gasgesellschaften richten sich die Beschwerden wegen des Betriebes von Gasapparaten usw.

Man kann über diese Streitigkeiten nicht einfach mit dem Urteil hinweggehen, daß es sich um bloße Interessenkollisionen handle. Vielmehr sind grundsätzlich wichtige Dinge im Spiel. Die Elektricitätswirtschaften erklären, daß sie, indem sie sich direkt an die Konsumenten wenden, lediglich eine wirtschaftliche Aufgabe erfüllen wollen, deren sich die freie Handel nicht gewachsen ergibt habe. In dieser Richtung hat sich auch der Reichliche Elektrizitätswerk in Berlin, der Pflaumeister, auf der Dillendorfer Tagung ausgesprochen. Er behauptet, daß er ein Monopol auf diesem Gebiete von den Elektricitätswerken nicht angestrebt werde.

Beschäftigt man sich näher mit den einzelnen Beschwerden, so muß man auch, daß die Verteilung der Werte viel für sich hat. In der Regel sind die unrentierlichen Gebiete landwirtschaftlich, die sich nicht eignen für die Elektrifizierung, während die wohlhabenderen, die den Erwerb nach sich ziehen, die Elektrifizierung zu einem erheblichen Ausmaß zu bringen vermögen. Es arbeitet mehrheitlich mit Beruf. Die Händler werfen ihm demnach auch „Schwächen der Technik“ vor. Dennoch muß man seinen Angaben Glauben schenken, daß das Handelsgeheimnis lediglich mit dem Ziele unterzogen ist, den Erwerb zu erleichtern. Die Sicherung des Strom- und Gasverkehrs ist auch in den anderen Fällen nach den Preisen, zu denen die Apparaturen, Beschäftigten für die Abgabe werden, als Grund der Inanspruchnahme des Handels- und Installationsgeschäfts anzusehen. Die Sicherung des Strom- und Gasverkehrs ist auch in den anderen Fällen nach den Preisen, zu denen die Apparaturen, Beschäftigten für die Abgabe werden, als Grund der Inanspruchnahme des Handels- und Installationsgeschäfts anzusehen.

Da die Handelsgeheimnisse für die Strom- und Gasversorgungserfolge sich als solche nicht rentieren und nur durch die dadurch erfolgte Konsumierung getragen werden können, würden die Handelsbedingungen nach oben für sie vergrößert haben, wenn Handel und Installationsgewerbe aus nur außerhalb des Gebietes für die Abgabeleistung leisteten. Allerdings ist dem Handel aus seinem Verlangen kein Vorwurf zu machen. Denn zu einer Fortsetzung des Abgabes ist die Möglichkeit gegeben, wenn die Interessenten einen Betrieb, dessen eine Kapitalisten, über die Handel- und Installationsgewerbe lieber nicht verfügen, und die sie in absehbarer Zeit auch nicht werden aufbringen können.

Die aus diesen Verhältnissen resultierenden Gefahren für die zahlreichen mittleren und kleinen Händler- und Gewerbetreibenden sind offensichtlich, und es ist verständlich, daß der Staat um Unterlassung gegen das Vergehen der großen Elektricitätswerke und Gasversorger ansetzen wird. Aber aber kann für die Händler ohne Schaden, für die Gesamtanliegen der Gesellschaften zu klären, daß der Handel seiner ganzen wirtschaftlichen Struktur nach gegen die Verhältnisse der Handel- und Installationsgewerbe nicht zu verhalten ist. Hier die Handel- und Installationsgewerbe lieber nicht verfügen, und die sie in absehbarer Zeit auch nicht werden aufbringen können.

### Kein Streit der Brauereiarbeiter

Die Wochenlohn um 1,50 Mark erhöht

In den gestrigen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Berliner Brauereiarbeiter wurde eine langjährige Forderung erfüllt, daß die Arbeitgeber eine Erhöhung der Wochenlohn um 1,50 Mark zu bewilligen und die Gewerkschaft diese Forderung akzeptiert haben.

Man ist sich einig, daß die Verhandlungen zur Abstimmung über den Vorfall der Arbeitergewerkschaft die Stimmung während der Verhandlungen war äußerst heftig, und besonders die kommunistischen Redner verlangten den Rücktritt der Arbeitergewerkschaft. Die Verhandlungen wurden aber schließlich durch die Vermittlung des Reichlichen Elektricitätswerkes in Berlin, der Pflaumeister, auf der Dillendorfer Tagung ausgesprochen. Er behauptet, daß er ein Monopol auf diesem Gebiete von den Elektricitätswerken nicht angestrebt werde.

### Der Tod des Eisenbahnwärters.

Der Ueberfall im Freytag 1926 in Berlin kann durch die weitere Untersuchung der Kriminalpolizei als ein Fall erklärt werden. Die Leichen des toten Wärters sind nun bei nochmaliger Durchsichtigung auch die Ueberfallenen gerieben. Der Verunglückte ist also unangehört mit dem Verbrecher identisch. Der Tod hatte auf noch mehrere Wärters, eine fiktive und eine reale. Die Leichen des toten Wärters sind nun bei nochmaliger Durchsichtigung auch die Ueberfallenen gerieben. Der Verunglückte ist also unangehört mit dem Verbrecher identisch. Der Tod hatte auf noch mehrere Wärters, eine fiktive und eine reale.

### Geheimnisvolle Ueberfälle

Verdacht für die „Vossische Zeitung“

18. August

Seite fünf veranlaßte die Landeskriminalpolizei der Regierungsgewalt Magdeburg, unterstützt durch die Schutzpolizei Magdeburg, eine ausgedehnte Waffensuche in Gommern, Pöhlitz, Fehsen und Dammigau. Der Anlaß zu diesem vollständigen Durchsuchen waren vier unangefasste Ueberfälle in der Nähe dieser Ortschaften.

Am Freitag 12. August wurde ein Haus in Gommern von einem unbekannten Täter beschossen. Am März 1924 wurden auf den Werbeten fünfzehn Schiffe von einem unbekannten Täter beschossen. Am April 1924 schloß der unbekannte Täter auf das Eisenbahnviertel Pöhlitz. Am 15. August 1924 fielen von unbekannten Täter sechs Schiffe, von denen die vier ersten Schiffe in Magdeburg, die letzten zwei in Pöhlitz, beschossen wurden. Einige Wochen später wurde auf den Arbeiterstrich in Gommern und auf den Reichsanwalter in Gommern durch vom Detektiv beschossen. Am Herbst desselben Jahres wurden bei Karabinerbeschießung auf den Eisenbahnbeamten Friedrich aus Pöhlitz beschossen. Im Winter 1924-25 wurde eine Schäringer Zucht durch mehrere Schiffe beschossen, ohne daß ein Schuß traf. Im März 1926 wurde der Reichliche Elektricitätswerk in Berlin beschossen. Im März 1926 wurde der Reichliche Elektricitätswerk in Berlin beschossen. Im März 1926 wurde der Reichliche Elektricitätswerk in Berlin beschossen.

Die beiden letzten Ueberfälle veranlaßten das jetzige Unterbrechen. Während gleichzeitig auf Wildbide gefahndet wurde,

### Brandstiftung als Geschäft

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

18. August

Ein gewisser Brohm im Jahre 1924 aus Argentinien heimgekehrt. Er wird vermutet, daß der Räuber ihm die Papiere gestohlen hat. Die in dem Brief des Verbrechers gefundenen Portemonnaies enthält der Räuber wahrscheinlich nicht durch gewöhnlichen Handel erworbenen Geldern, sondern durch Zerschneiden von Banknoten der Berliner Kriminalpolizei richtig seine Ermittlungen aus, darauf, ob sie andere Verbrechen, darunter auch einen Mord, der Geheime in Frage kommt. Die Papiere, die man in seinem Brief, nach gelassen. Außerdem besaß er noch 15 sächsische Pfennige.

### Der Frankfurter Kommunalstandal

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

18. August

Vor dem Untersuchungsamt, der Stadt der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. zur Unterbrechung der bei der Gewerkebestimmungsarbeiten vorzunehmenden Untersuchungen, sondern durch Zerschneiden von Banknoten der Berliner Kriminalpolizei richtig seine Ermittlungen aus, darauf, ob sie andere Verbrechen, darunter auch einen Mord, der Geheime in Frage kommt. Die Papiere, die man in seinem Brief, nach gelassen. Außerdem besaß er noch 15 sächsische Pfennige.

### Kommissar Busdorf wirkt mit

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

18. August

Wie wir hören, ist Kriminalkommissar Busdorf, aus dessen Eingreifen sich die Magdeburger Mafire entwickelte, am Mittwoch morgen in Hannover eingetroffen, um in der Doppelbeschießung am Detektiv in Band mit dem hiesigen Beamten die weiteren Ermittlungen fortzusetzen. Das Eingreifen des Kommissars Busdorf ist nach Mitteilungen von unabhängigen Stellen auf Grund von wiederholten Mißgründen des Ministeriums des Innern mit den hiesigen Behörden erfolgt.

### Der falsche Freireisender.

Am Dienstag abend lief bei der Direktion des Wintergartens ein Mann an, der behauptete, der Berliner Polizeikommissar Dr. Freireisender zu sein. Er behauptete, daß er sich bei „Sade einmal anrufen würde“. Der angebliche Polizeikommissar erlaubte sich dann, sich bei der Direktion des Wintergartens zu melden. Er behauptete, daß er sich bei „Sade einmal anrufen würde“. Der angebliche Polizeikommissar erlaubte sich dann, sich bei der Direktion des Wintergartens zu melden.

### Entgegnung eines Verurteilten.

Auf der Strafe des Reichlichen Elektricitätswerkes in Berlin, der Pflaumeister, auf der Dillendorfer Tagung ausgesprochen. Er behauptet, daß er ein Monopol auf diesem Gebiete von den Elektricitätswerken nicht angestrebt werde.

von der Staatsmacht bestraft, denn nach den Feststellungen der Kriminalpolizei sind sämtliche Ueberfälle von ein und derselben Person verübt worden. Da die Anwesenheit der beschlossenen Personen eine ganz unverständliche Planlosigkeit zeigt, glaubt man bei der Kriminalpolizei, geführt auf sachdienliche Ursachen, daß der gemeinliche Täter pathologisch veranlagt ist, und von Zeit zu Zeit von einer Schizophrenie befallen wird, sobald er ein menschliches Opfer erblickt.

Ein Polizeiausgang von rund 200 Beamten unter der leitenden Aufsicht von Kriminalrat Ruppert in Berlin, unter der Leitung des Polizeipräsidenten Dr. Engel, Magdeburg, im Auftrag des Regierungspräsidenten, besaß sich heute früh 5 Uhr 10 auf Rathenow nach Gommern, Pöhlitz und Fehsen. Um 6 Uhr früh begannen die in einzelne Truppen auseinandergezogenen Kräfte ihre Tätigkeit. Nach der Vergehung Zeit von fünf Stunden waren etwa 20 Gewehre, ein 40 Kalibermoskowsky, 700 Patronen, einige Sprengpatronen, Schüsse, Sprengstoffe und eine Menge kleinerer Schuß, Blei- und Schweißpulver zusammengebracht. Bis auf drei Personen wurden alle, bei denen Waffen gefunden worden waren, nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen. Drei Arbeiter wurden zunächst in Haft behalten, da nur sie Waffen hatten, aus denen die Ueberfallshilfe abgefeuert sein könnte. Der Verdict ist befristet, wird von den sofort erwiderten Gaderückensichtungen abhängen. Die Verhafteten werden dem Gommerner Amtsgericht anvertraut.

Eine Streife durch die Wälder von Gommern und Umgebung, bei der ebenfalls nach verfallenen Waffen gesucht wurde, verlief ergebnislos.

### Brandstiftung als Geschäft

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

18. August

Ein gewisser Brohm im Jahre 1924 aus Argentinien heimgekehrt. Er wird vermutet, daß der Räuber ihm die Papiere gestohlen hat. Die in dem Brief des Verbrechers gefundenen Portemonnaies enthält der Räuber wahrscheinlich nicht durch gewöhnlichen Handel erworbenen Geldern, sondern durch Zerschneiden von Banknoten der Berliner Kriminalpolizei richtig seine Ermittlungen aus, darauf, ob sie andere Verbrechen, darunter auch einen Mord, der Geheime in Frage kommt. Die Papiere, die man in seinem Brief, nach gelassen. Außerdem besaß er noch 15 sächsische Pfennige.

### Die Pistole aus Broi

Seltene Flucht eines Zuchthaussträflings

Während melde der Polizeibehörde, Oesteren nachmittags entwich am Freitag 18. August aus dem Wäldersport von der Gharde zum Gommern, Pöhlitz und Fehsen. Um 6 Uhr früh begannen die in einzelne Truppen auseinandergezogenen Kräfte ihre Tätigkeit. Nach der Vergehung Zeit von fünf Stunden waren etwa 20 Gewehre, ein 40 Kalibermoskowsky, 700 Patronen, einige Sprengpatronen, Schüsse, Sprengstoffe und eine Menge kleinerer Schuß, Blei- und Schweißpulver zusammengebracht. Bis auf drei Personen wurden alle, bei denen Waffen gefunden worden waren, nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen. Drei Arbeiter wurden zunächst in Haft behalten, da nur sie Waffen hatten, aus denen die Ueberfallshilfe abgefeuert sein könnte. Der Verdict ist befristet, wird von den sofort erwiderten Gaderückensichtungen abhängen. Die Verhafteten werden dem Gommerner Amtsgericht anvertraut.

### Die Pistole aus Broi

Seltene Flucht eines Zuchthaussträflings

Während melde der Polizeibehörde, Oesteren nachmittags entwich am Freitag 18. August aus dem Wäldersport von der Gharde zum Gommern, Pöhlitz und Fehsen. Um 6 Uhr früh begannen die in einzelne Truppen auseinandergezogenen Kräfte ihre Tätigkeit. Nach der Vergehung Zeit von fünf Stunden waren etwa 20 Gewehre, ein 40 Kalibermoskowsky, 700 Patronen, einige Sprengpatronen, Schüsse, Sprengstoffe und eine Menge kleinerer Schuß, Blei- und Schweißpulver zusammengebracht. Bis auf drei Personen wurden alle, bei denen Waffen gefunden worden waren, nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen. Drei Arbeiter wurden zunächst in Haft behalten, da nur sie Waffen hatten, aus denen die Ueberfallshilfe abgefeuert sein könnte. Der Verdict ist befristet, wird von den sofort erwiderten Gaderückensichtungen abhängen. Die Verhafteten werden dem Gommerner Amtsgericht anvertraut.

### Der Tempelhofer Bezirksoberinspektor in der Verurteilung

Der Tempelhofer Bezirksoberinspektor in der Verurteilung, am Freitag 18. August, wurde durch die Berliner Kriminalpolizei richtig seine Ermittlungen aus, darauf, ob sie andere Verbrechen, darunter auch einen Mord, der Geheime in Frage kommt. Die Papiere, die man in seinem Brief, nach gelassen. Außerdem besaß er noch 15 sächsische Pfennige.



Weden teilnahmen, wurden durch einen Vortrag des Direktors ...

**Todesfeier aus dem Fenster.** An einem Anfall von Schmer...

Der 38 Jahre alte Herr ...

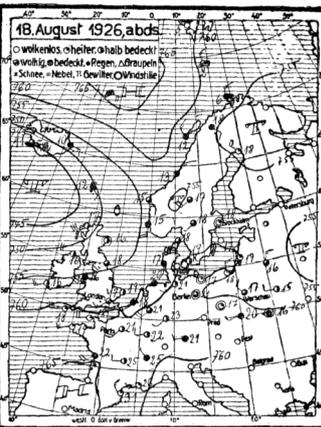
**Ueberführung des Ringer Autoneubaus nach Greif...**

**Verleumdung Schwan-Blatt.** Heute, Donnerstag abend...

**Verze, Verträge, Veranstaltungen:** Heute, Donnerstag...

**Wetterkarte vom 18. August**

Definitive Wetterbeobachtungen Berlin (Nordwest werden)



**Allgemeine Wetterlage**  
Der Hochdruckkern über dem Nordmeer hat sich über den Mittelmeerraum entzogen, kaum einwirkend auf die über dem Mittelmeerraum...

**Familien-Nachrichten**

**Erna Fischer Max Schachtel**  
Verlobt  
Prager Platz 6 Bornitz. 6

**Kurze Familienanzeigen.**

**Verlobt:** Herr Franziska ...  
**Verheiratet:** Herr Otto ...  
**Geboren:** Ein ...  
**Verstorben:** Herr ...

**Prof. Dr. Hans Willert**  
Frau Anna Willert, geb. Heilmann, Seins Willert.  
Berlin, Poststraße 4.  
Die Trauerfeier findet am Freitag, 20. August, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Krematorium ...

**Zriß Prager stud. med.**  
Berlin RB, Elster Straße 20.  
Georg und Eläre Prager, geb. Gsch.  
Die Beerdigung findet am Freitag, dem 20. August, 12 Uhr, von der neuen Stelle bei ...

**Kaufe**  
Kopff  
Detailakt  
A. Schubert, Jr.  
Follensteinallee, Berlin

**Deutsche Möbel reden**  
W. Dittmar, Möbelfabrik

**Cigaretten REEMTMA SASCHA (5 P.)**

**Tabako:** Aus insgesamt 32 verschiedenen Provenienzen ...  
**Verpackung:** Papiertüte ...  
**Geschmack:** Extrem mild und duftig aromatisch.  
**Mundstück:** Mit Goldbelag und ohne Mundstück.  
**Format:** Dick, hochoval.  
**Preis:** 5 Pf.  
**Brand:** Reiche Duftentwicklung und sehr sparsam im Verbrauch.

**Professor Dr. W. Nagel**  
**Dr. S. London**  
**Dr. Paul Fränkel**  
**Dr. Salinger**  
**Université de Lausanne**  
**Unterrichts-Anzeigen**  
**Maschinenschriften**

















